

Vom 04.12. bis 18.12.2020

Ort der Auslegung:

Stadt Ettlingen, Planungsamt,
Schillerstraße 7-9, 3. Obergeschoss,
76275 Ettlingen

Zeit der Auslegung:

Montag bis Mittwoch 9 bis 12 Uhr und

13:30 bis 15:30 Uhr

Donnerstag

9 bis 12 Uhr und

13:30 bis 17 Uhr

Freitag

9 bis 12 Uhr

Pandemiebedingt ist es derzeit zu empfehlen, einen Termin für die Einsichtnahme zu

vereinbaren, um Wartezeiten zu vermeiden
(Telefon: 07243 101-8039 |

E-Mail: planungsamt@ettlingen.de).

Ergänzend können alle Unterlagen während des Zeitraums unter
www.ettlingen.de/69022 eingesehen werden.

Während der Auslegungsfrist können – schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bzw. über das entsprechende Online-Formular – Stellungnahmen beim Planungsamt der Stadt Ettlingen abgegeben werden.

Zu einem späteren Zeitpunkt können im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erneut Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans innerhalb eines Monats (mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen) abgegeben werden. Hierzu erfolgt eine gesonderte ortsübliche Bekanntmachung.

Ettlingen, 26.11.2020
gez.

Wassili Meyer-Buck
Planungsamt

Öffentliche Bekanntmachung

Inkrafttreten des Bebauungsplans „Hornisgrindestraße und Kaiserstuhlstraße“



zungsplans oder aber ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Ettlingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Rechtsvorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorgangs begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) oder einer aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschrift beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO in dem dort bezeichneten Umfang unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich bei der Stadt Ettlingen und unter Beachtung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung geltend gemacht worden ist.

Ettlingen, 26.11.2020
gez.

Johannes Arnold
Oberbürgermeister



Verhandlungs- verfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Vergabe Nr. 2020-006

**Generalsanierung Kindergarten
und Turnhalle Ettlingen-
Schlutenbach,
Technische Anlagenplanung**

Leistungsumfang:

Technische Anlagenplanung der
Anlagengruppen:

- Starkstromanlagen
- Fernmelde- und
informationstechnische Anlagen

Zum Teil sind bereits Teilleistungen bis
Leistungsphase 3 erbracht, die nicht
mehr Gegenstand der Vergabe sind.
Zunächst wird nur bis Leistungsphase 4
beauftragt, die weiteren Leistungsphasen
werden optional vergeben (5-7 und 8-9).

Der vollständige Veröffentlichungstext der
EU-Auftragsbekanntmachung ist abrufbar
im Supplement zum EU-Amtsblatt
(www.ted.europa.eu) unter der Nummer
2020/S 225-553529 sowie auf der
Internetseite der Stadt Ettlingen
www.ettlingen.de unter der Rubrik
„Die Stadt > Aktuelles-
Pressemitteilungen“ nachzulesen.
Die Vergabeunterlagen können über
www.subreport-elvis.de/E41331814
kostenlos eingesehen werden.

Stadt Ettlingen, Zentrale Vergabestelle
Marktplatz 2, 76275 Ettlingen
Tel 07243 101-8922
vergabe@ettlingen.de

Ettlingen

Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung)

Aufgrund von § 4 in Verbindung mit § 19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg - GemO - in der gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Ettlingen in seiner Sitzung vom 18. November 2020 die nachstehende Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Stadt Ettlingen beschlossen:

§ 1 Entschädigung nach Durchschnittssätzen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles nach einheitlichen Durchschnittssätzen.
- (2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme

bis zu 3 Stunden	20,00 €
von mehr als 3 bis zu 6 Stunden	35,00 €
von mehr als 6 Stunden	40,00 €
- (3) Bei der Durchführung öffentlicher Wahlen beträgt die Entschädigung für Wahlhelfer 60,00 €.

§ 2 Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme

- (1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme). Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als eine Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.
- (2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstverrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.
- (3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Abs. 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach einer Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.
- (4) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammen gerechnet 40,00 € nicht übersteigen.

§ 3 Aufwandsentschädigung

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates und Ortschaftsrates erhalten anstelle des Ersatzes ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und des Ortschaftsrates und für ihre sonstigen Tätigkeiten in Ausübung ihres Amtes, die außerhalb der Sitzung liegen, eine Aufwandsentschädigung. Diese wird festgesetzt:

1. für jede/n Stadtrat/rätin auf monatlich 300,00 €
 2. Es ist davon auszugehen, dass monatlich mindestens 30 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit anfallen.
 3. für jede/n Ortschaftsrat/rätin auf monatlich 50,00 €
- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 erhöht sich:

1. für die ehrenamtlichen Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters je Tag der Stellvertretung um 40,00 €
2. für die ehrenamtlichen Stellvertreter/innen der Ortsvorsteher je Tag der Stellvertretung um 15,00 €
3. für die Vorsitzenden der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen bei bis zu fünf Fraktionsmitgliedern monatlich um 200,00 €

Es ist davon auszugehen, dass monatlich mindestens 20 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit anfallen.

Ab sechs bis zehn Fraktionsmitgliedern monatlich um 250,00 €

Es ist davon auszugehen, dass monatlich mindestens 25 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit anfallen.

Ab elf Fraktionsmitgliedern monatlich um 300,00 €

Es ist davon auszugehen, dass monatlich mindestens 30 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit anfallen.

- (3) Ehrenamtliche Ortsvorsteher erhalten anstelle des Ersatzes ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles eine Aufwandsentschädigung.

Sie beträgt aufgrund der dienstlichen Inanspruchnahme

1. für den Ortsvorsteher der Ortschaft Bruchhausen 55 %
2. für den Ortsvorsteher der Ortschaft Ettlingenweiler 43 %
3. für den Ortsvorsteher der Ortschaft Schöllbronn 43 %
4. für den Ortsvorsteher der Ortschaft Spessart 43 %
5. für den Ortsvorsteher der Ortschaft Oberweiler 39 %

des eines ehrenamtlichen Bürgermeisters der Gemeindegrößengruppe 1.001 bis 2.000 Einwohnern zustehenden Höchstbetrages der Aufwandsentschädigung.

1. Für den Ortsvorsteher der Ortschaft Schlutenbach 44 %

des eines ehrenamtlichen Bürgermeisters der Gemeindegrößengruppe 501 bis 1.000 Einwohnern zustehenden Höchstbetrages der Aufwandsentschädigung.